



**Fraktionsvorsitzender**  
**Oliver Fröhling**  
**Alte Wache 28**  
**58509 Lüdenscheid**

Herrn  
Bürgermeister  
Dieter Dzewas

per e-mail

Lüdenscheid, 19.02.2016

### **Antrag in der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2016**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte nehmen Sie den nachfolgenden Antrag in die öffentliche Sitzung unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt auf.

#### **Antrag**

Die CDU-Fraktion beantragt, in Abänderung des Verwaltungsvorschlags zum Entwurf des Haushaltsplans 2016 und die dort vorgeschlagenen Hebesatzerhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer folgende Punkte zu beschließen:

1. Erhöhung der Grundsteuer B in 2016 auf 523 Punkte (Landesdurchschnitt)
2. keine Erhöhung der Gewerbesteuer, da diese in Lüdenscheid aktuell bereits 5 Punkte über dem Landesdurchschnitt liegt
3. konsequente Aufgabenkritik im Rathaus und Überprüfung von Standards zur Aufgabenerfüllung, um spürbare, tatsächliche Personaleinsparungen realisieren zu können
4. bei Wegfall einer Aufgabe oder Reduzierung von Standards, müssen auch betriebsbedingte Kündigungen geprüft und ggfs. durchgeführt werden, um Personalkosten zu reduzieren
5. Vergabe von Leistungen, wo möglich, an externe Dienstleister bzw. Anbieter, um hierdurch städtische Personal- und Personalfolgekosten zu senken
6. konsequenter Verkauf städtischer Immobilien und Liegenschaften, dadurch Reduzierung von Zinszahlungen, Personal- und Verwaltungsaufwand
7. Prüfung des Verkaufs städtischen Vermögens, das nicht direkt zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (z.B. der Lüdenscheider Wohnstätten AG)
8. Verwendung von Verkaufserlösen ausschließlich zur Schuldentilgung, um zu dauerhaften Zinseinsparungen zu kommen

#### **Begründung**

Die Anzahl der rechnerischen Vollzeitstellen in der Verwaltung der Stadt Lüdenscheid beläuft sich auf 11,91 pro 1.000 Einwohner (Stand 30.06.2013). Der Bestwert bei Städten in vergleichbarer Größe liegt bei 6,77 Stellen (Stadt Rheine), der Durchschnitt in NRW bei Kommunen über 70.000 Einwohnern liegt bei knapp unter 10 Vollzeitstellen pro 1.000 Einwohner. Das rechnerische Einsparpotential in Lüdenscheid zum Landesdurchschnitt liegt daher also bei rund 146 Vollzeitstellen (entspricht ca. 7,3 Mio. €).

../2



Dies ist jedoch nur mit einem guten Personalmanagement zu erreichen. Die Politik kann und muss hierbei einbezogen werden, die Initiative muss aus unserer Sicht jedoch von der Verwaltung kommen.

Um zu Einsparungen zu kommen, muss das Personal bei Wegfall einer Aufgabe sozialverträglich reduziert werden (z.B. Aufgabe der Stadtstreife).

Nach unserer Überzeugung muss sich die Verwaltung aufgrund der sehr angespannten Haushaltssituation auf ihr „Kerngeschäft“ (öffentliche Daseinsvorsorge) konzentrieren. Es ist festzulegen, was Verwaltung wirklich leisten muss und welche Aufgaben reduziert, gänzlich eingespart oder von externen Dritten kostengünstiger erledigt werden können.

Es ist aus unserer Sicht nicht zu argumentieren und auch nicht legitim, Steuern massiv zu erhöhen, ohne dass sämtliche Einsparmöglichkeiten innerhalb der Verwaltung ausgeschöpft worden sind.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Fröhling  
Fraktionsvorsitzender